„Gemeinsam stärker“ - Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen

Protokoll des 1. Treffens der Arbeitsgruppe Arbeit

Datum und Uhrzeit: 11. April 2016, 17:00-19:00 Uhr

Ort: Landratsamt Starnberg

Teilnehmer: 26

- Blage, Achim (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)
- Buna, Niko (Fortschritt e.V.)
- Büttner, Friedrich (Fachbereichsleitung Sozialwesen)
- Distler-Hohenstatt, Peter (Teamleiter Persönliche SH)
- Dlabac, Michaela (SBV Schwerbehindertenvertretung)
- von Elterlein, Uttmann (ARGE für Behinderte Starnberg)
- Görg, Dr., Eckhard (Eltern-, Betreuerbeirat Isar-Würm-Lech-Werkstätten für behinderte Menschen IWL)
- Habesreiter, Ruth (Bayerisches Rotes Kreuz BRK/ Offene Behindertenarbeit OBA)
- Härtl, Alexander (IWL, Isar-Würm-Lech-Werkstätten für behinderte Menschen)
- Hartl, Dr., Wolfgang (Jobcenter)
- John Michael (Geschäftsführer BASIS-INSTITUT)
- Krott, Anna (Leitung Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel)
- Kühn, Peter (BASIS-Institut)
- Meszaros, Doris (Koordination Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen)
- Preß, Gudrun (Integrationsfachdienst Weilheim, IFD)
- Schindler, Gerhart
- Seibold, Bärbel (SHG, Selbsthilfegruppe Vielfalt)
- Seidl, Petra-Veronika (Behindertenbeauftragte im Landkreis Starnberg)
- Unger, Peter (Grüne KR, Kreisrat)
- Wenisch, Angelika (Inklusionsbeauftragte Inning)
- von Wiedersperg, Sophie (Gleichstellungsstelle, Gesundheitsamt)
- Wilfert, Frau
- Wilfert, Herr
- Wilfert, Markus
- Winkelkötter, Christoph (GFW, Gesellschaft zur Förderung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im Landkreis Starnberg)
- Wolf, Karin (3. Bürgermeisterin Krailling)

Tagesordnung

1	Begrüßung	2
2	Kurze Vorstellung der Ergebnisse aus der Auftaktveranstaltung und des Planungsvorgehens	2
3	Diskussion	3

1 Begrüßung

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Büttner die anwesenden Personen und bedankt sich für deren Interesse. Danach stellen sich Frau Seidl (Behindertenbeauftragte LK Starnberg), Frau Meszaros (Koordination Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen) sowie Herr John (Geschäftsführer BASIS-Institut) der Runde vor.

2 Kurze Vorstellung der Ergebnisse aus der Auftaktveranstaltung und des Planungsvorgehens

Herr John zeigt zunächst eine kurze Präsentation mit den wichtigsten Ergebnissen der Arbeitsgruppe Arbeit aus der Auftaktveranstaltung. Anschließend schildert er den Rahmen der Veranstaltung: Es wird insgesamt drei Arbeitsgruppen zum Thema Arbeit geben. In der heutigen ersten Runde soll es um eine Bestandsaufnahme gehen, in der zunächst einmal festgestellt wird, was im Landkreis Starnberg im Themenbereich Arbeit in Bezug auf Menschen mit Behinderung gut läuft und was nicht. In der zweiten Runde werden aus diesen Erkenntnissen konkrete Handlungsvorschläge abgeleitet. Darauf aufbauend wird eine ca. 10-seitige Zusammenfassung der bis dahin erzielten Ergebnisse der Arbeitsgruppe erstellt. Diese soll als Grundlage für die dritte Runde der Arbeitsgruppe dienen, in der Ergänzungs- und Änderungsvorschläge besprochen werden können. In der endgültigen Entwurfsversion für die Abschlussveranstaltung werden alle bearbeiteten Themen berücksichtigt. Auch bei der Abschlussveranstaltung gibt es noch Möglichkeiten Rückmeldungen zu dem bis dahin Erarbeiteten zu geben. Nach der Abschlussveranstaltung werden die Anmerkungen wiederum in den Entwurf des Aktionsplans eingearbeitet werden.

Die Protokolle aller Arbeitsgruppen werden auf den Seiten des Landratsamtes Starnberg online gestellt (Internetadresse: siehe Anhang). Somit bestehen umfangreiche Mitwirkungsmöglichkeiten und Gelegenheiten sich über alle Arbeitsschritte auch gruppenübergreifend informieren zu können.

3 Diskussion

Zu Beginn meldet sich Herr Blage zu Wort (Gehörlosenverband München und Umland e.V.). Er macht deutlich, dass er durch seine Tätigkeit viele Schwierigkeiten mitbekommt, was Menschen mit Behinderung betrifft. Herr Blage erkundigt sich, ob es wie im Münchner Jobcenter auch in Starnberg Gebärdendolmetscher gäbe. Er unterstreicht, dass es in München zwar mehr potentielle gehörlose Kunden für die Agentur gäbe, dass es aber trotzdem sicher auch möglich sei, dieses Angebot in Starnberg zu etablieren. Dies würde den Übergang von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Herr John erkundigt sich, ob es beim Jobcenter viele Anfragen von Menschen mit Behinderung gäbe.

Der Leiter des Jobcenters berichtet, dass das selten sei. Man müsse prüfen, wie viele Menschen mit Behinderung es eigentlich im Umkreis gibt. Außerdem müsse man den sozialpsychiatrischen Dienst mit ins Boot holen. Herr Angerbauer ist die Vernetzung der Schwerbehindertenvertreter wichtig. Da das Interesse an Vernetzung bei den Schwerbehindertenvertretern überschaubar sei, müsse weiter geschaut werden, wie diese besser vernetzt und mit einbezogen werden könnten. Außerdem müsse man Firmen besser mit einbeziehen. Herr John macht am Beispiel Regensburg deutlich, dass es etwas Zeit braucht, die Firmen mit ins Boot zu holen. So waren es zu Beginn 4 bis 5 Vertreter der IHK und nach 5 Jahren bereits 40 Firmen. Frau Preß, vom Integrationsfachdienst Weilheim plädiert für einen regelmäßigeren Austausch mit SBV. Herr John teilt daraufhin seine Erfahrung, dass die Schwerbehindertenvertreter ihren Verantwortungsbereich sehr unterschiedlich definieren. Herr Blage meldet sich zu Wort und erzählt, dass es wohl einen expliziten Vertreter für Gehörlose gäbe. Anschließend macht er darauf aufmerksam, dass laut §96 SGB 9, Abs. 8 („(8) Die durch die Tätigkeit der Schwerbehindertenvertretung entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber.“), die Kosten von den Firmen getragen werden müssten. Dies würde natürlich Geld kosten und bedinge die schlechten Chancen von Menschen mit Behinderung, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Dieses Gesetz, so Herr Blage, mache Menschen mit Behinderungen das Leben schwer. Eine Lösung wäre, dass das Integrationsamt zahlt. Herr Görg (Eltern-, Betreuerbeirat IWL) meldet sich zu Wort und fragt, welche Tätigkeiten Gehörlose ganz allgemein ausüben könnten. Daraufhin erwidert Herr Blage, dass Gehörlose grundlegend alle Tätigkeiten ausführen könnten. Natürlich sei die Kommunikation schwierig und das Telefonieren ginge nicht. Aber man könne alles machen. Herr Blage erzählt, dass er lange als Steuerberater und in einer Baufirma gearbeitet habe. Herr Winkelkötter (Gesellschaft zur Förderung der Wirtschafts- und

Beschäftigungsentwicklung im Landkreis Starnberg) unterstreicht, man dürfe Starnberg nicht mit München vergleichen. Der Landkreis Starnberg habe eher kleine und mittelständische Firmen. Es gäbe also viele Firmen mit 1-15 Angestellten. Diese hätten einen ganz anderen Zugang zu dem Thema Inklusion. Die müsse man abholen. Es gäbe keine Firma mit großer Personalabteilung, die so etwas in die Hand nehmen könne. Die GFW wolle da vermitteln und das in die Hand nehmen, es dauere nur. Herr John erkundigt sich, ob es denn das Thema der GFW sei. Herr Winkelkötter erklärt daraufhin, dass die GFW für alles eine Schnittstelle sei. Ebenfalls macht er auf Positivbeispiele aufmerksam. So gibt es schon Firmen in der Umgebung, die für Barrierefreiheit sorgen würden. Es meldet sich Frau Krott zu Wort. Die Technik mache viel möglich. Dies wirke sich besonders positiv auf die Ausübung der Arbeit aus. Eigentlich sei die Altenpflege ein guter Arbeitsplatz. Dort, so Frau Krott, würde man jedoch als Mensch mit Behinderung ausgebremst. Ihr großer Wunsch ist es, dass die Bewusstseinsbildung vorangetrieben würde. Frau von Wiedersperg (Gleichstellungsbeauftragte, LRA) ist das Thema Menschen mit Behinderung auch ein wichtiges Anliegen. Sie fragt ganz allgemein, wen man mit einbeziehen könne. Es sei wichtig, die Schwerbehindertenbeauftragten mit ins Boot zu holen. Insbesondere Vertreter der Industrie- und Handelskammer sollte man einbinden. Herr Winkelkötter schließt sich an und unterstreicht erneut, dass man die Leute „wirklich abholen und mitnehmen muss“. Es meldet sich Herr Härtl zu Wort (IWL). Er erinnert daran, dass er jemanden von der IHK eingeladen hätte, dieser abgesagt hätte, jedoch eine Aktivierung des Themas im IHK Gremium erreicht hätte. Außerdem sei die Zusammenarbeit im Landkreis gut.

Herr John fragt nach Beispielen. Herr Härtl erwidert, dass es viele kleine Betriebe gäbe, mit denen man kooperieren würde, die IWL hätte Geduld mit anderen Kunden zu wachsen. Es gäbe zum Beispiel eine Kooperation mit der Raiffeisenbank. Herr John macht darauf aufmerksam, dass er etwas anderes meinte. Er möchte wissen, ob man die guten Beispiele öffentlich machen könne. Herr Hartl erwidert, dass es am Kunden läge, ob man das öffentlich machen könne. Frau Preß erwidert, dass manche Firmen da wenig engagiert seien. Herr John fragt, warum. Frau Preß kann das gut verstehen, dass Firmen da Probleme haben. Es gibt aber auch viele Firmen, die Menschen mit Behinderung nehmen. Mit denen kann kooperiert werden. Das würde helfen, Arbeitsplätze zu sichern. Ebenfalls vermittelt der IFD zum Beispiel Praktika. Sie ergänzt, dass man da sieht, dass es gut funktionieren kann mit Menschen mit Behinderung. Der Landkreis sollte ebenfalls Praktikumsplätze zur Verfügung stellen. Frau Wolf (3.

Bürgermeisterin Krailling) erkundigt sich, ob es nicht eine Quote gäbe, die Firmen dazu verpflichte, Menschen mit Behinderung per Gesetz einzustellen. Herr John macht darauf aufmerksam, dass sich Betriebe durch Zahlung der Ausgleichsabgabe einer Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen entziehen können. Problematisch sind auch kleinere Firmen, denen fehle einfach die Erfahrung, so John. Eine Quote ist da ein umstrittenes Instrument. Es meldet sich Herr Blage zu Wort und knüpft an das Thema der technischen Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung an. Die Hilfsmittel seien gut. Aber der Antrag sei sehr kompliziert. Oft geben die Menschen da auf. Kleine Firmen kostet das verhältnismäßig viel. Es scheitert einfach an den finanziellen Mitteln. Es gibt da das Beispiel, so Herr Blage, dass Menschen mit Behinderung zwar ein Praktikumsplatz bekommen bzw. auf Probe angestellt werden, der Arbeitsplatz aber noch gar nicht über die nötigen Hilfsmittel verfügt, um die Arbeit optimal ausführen zu können. So könne sich der Mensch mit Behinderung erst gar nicht unter den langfristigen Bedingungen beweisen. Frau Seibold meint, dass es am Beispiel ihrer eigenen Tochter Probleme bei der Zuständigkeit beim IFD gab. Um ihre Tochter, so Frau Seibold, wollte sich letztlich keiner kümmern. Ein enttäuschendes Erlebnis, insbesondere, wenn sich Eltern engagieren, einen Arbeitsplatz suchen und da der IFD nicht hilft. Anschließend wendet sie das Wort an Herrn Härthl und meint, dass es für Ihre Begriffe keine Inklusion sei, was Herr Härthl erzähle. Ein Mensch mit Behinderung muss die Möglichkeit haben, am allgemeinen Arbeitsmarkt teilzunehmen. Inklusion müsse stattfinden. Insbesondere die bürokratischen Hürden seien schlimm. Sie kann sich nicht mehr mit Ämtern auseinandersetzen, so Frau Seibold. Die Familie leide darunter enorm. Sie selbst arbeite halbtags und fühle sich als Mutter verlassen. Langfristig meint sie, müssten sich die Firmen öffnen und damit die Behindertenrechtskonvention umsetzen. Herr John weist darauf hin, dass die Rationalisierungswellen in der Wirtschaft in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern am weitesten gegangen sind und somit viele einfache Beschäftigungsmöglichkeiten weggefallen sind. Herr John erkundigt sich in Richtung IFD um eine Meinung dazu, dass die Eltern scheinbar nicht oder schlecht versorgt würden.

Der IFD erwidert, dass es toll wäre, wenn sie alles abdecken könnten. Der IFD könne durchaus Menschen mit Behinderung in der Schule bis zum Arbeitsmarkteintritt begleiten, aber nur, wenn ein Auftrag von der Agentur für Arbeit oder dem Integrationsamt vorliegen würde. Frau Wilfert arbeitet in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Nachdem sie ein Praktikum machte, so Frau Wilfert, wurde sie nicht übernommen. Sie arbeite seitdem wieder in einer Werkstatt für Menschen mit

Behinderung. Das sei gut und man brauche die Werkstätten. Die seien barrierefrei und man hätte Dolmetscher. Sie fühle sich ausgegrenzt, unterstreicht jedoch, dass Menschen mit Behinderung ohne Werkstätten schlecht dran wären. Herr John fragt Frau Wilfert, ob sie denn lieber woanders als in der Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten würde. Frau Wilfert erwidert, dass die Politik ja die Werkstätten abschaffen möchte und sie sehr verunsichert sei dadurch. Frau Meszaros wirft eine Frage an den IFD ein. Sie möchte wissen, wie das denn beim IFD genau abläuft. Der IFD antwortet, dass er Jugendliche berät, bei der Findung und Vermittlung von Praktikumsstellen. Dabei würde spezifisches Fachwissen wirken. Herr Angerbauer fragt daraufhin, ob der IFD auch aufklärend tätig sei. Daraufhin wirft Frau v. Wiedersperg ein, dass sie den Eindruck hätte, dass die Firmen nicht wüssten, was man alles anbieten könne. Daraufhin gibt Herr Markus Wilfert zu bedenken, warum Menschen mit psychischen Einschränkungen in der Werkstatt von den anderen abgeschirmt arbeiten würden. Frau v. Wiedersperg erwähnt, dass die Schwerbehindertenvertretung im Landratsamt massiv aufgestockt hätte und dass Menschen mit psychischen Behinderungen ebenfalls als Mensch mit Behinderung gesehen werden müssten. Herr Blage meint, dass es früher für gehörlose Menschen sehr schwierig war, Jobs zu bekommen. Viele haben sich dann selbstständig gemacht. Ein großes Problem ist, dass viele Menschen mit Behinderung dem Arbeitgeber mehr kosten, als Lohn an sie zu zahlen sei. Daher wären auch langfristige Ausgleichszahlungen nötig. Ebenso, so Herr Blage, würden vielfach keine Umschulungen finanziert. Man sollte auch darüber nachdenken, ob der IFD und das Integrationsamt die Gelderverteilung anpassen, bzw. angleichen sollten. Herr Schindler geht daraufhin erneut auf das Thema Werkstätten ein. Ein wirkliches Problem sei es, dass diese meist weit weg in der „Pampa“ liegen würden. Besser sei es doch, diese in Gewerbegebieten zu bauen, so wie andere industriellen Produktionsstätten auch. Man sollte somit besser in Zukunft direkt in der Gemeinde bauen. Herr John stellt die Frage an die Runde, welche Nischen denn in den Kommunen existierten, in denen man die Beschäftigung ausbauen könne. Frau Seibold gibt zu bedenken, dass Menschen mit Behinderung nicht frei wählen könnten, das sei keine Inklusion. Frau Wilfert meint, dass mangelnde Mobilität ein großes Problem in Bezug auf die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten sei. Herr John fasst zusammen, dass bei Menschen mit Behinderung der Arbeitsmarkteintritt wohl als besonders schwierig angesehen werden kann und dass es diesbezüglich neue Lösungen brauche. Anschließend weist Herr John auf das Projekt IntegraMENSCH (Internetadresse im Anhang) in Bamberg hin. Da seien Firmen auf die

Beschäftigungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht worden. Darauf erwidert Frau Habesreiter, man müsse über Bayern hinausschauen. NRW sei da gut bei dem Thema „Übergang in den Arbeitsmarkt“. Frau Wilfert erklärt, dass es Alternativen zu Werkstätten gibt, sie sich aber mehr wünschen würde. Herr Winkelkötter erinnert daran, dass Starnberg nicht Bamberg sei, hier (in Starnberg) gäbe es kein Bosch. Er unterstreicht, dass wenn es Arbeit gibt, diese Stellen auch mit Personal besetzt werden müssten. Der IFD erwidert darauf, dass der Mindestlohn ein großes Problem in Bezug auf die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung sei. Menschen mit Behinderung bräuchten teilweise nicht die gleiche Leistung wie Menschen ohne Behinderung. Dies sei schwierig für Firmen zu bewältigen. Herr Angerbauer sagt, dass Menschen mit Behinderung oft auch gute oder bessere Arbeit machen würden. Firmen sollten weniger skeptisch sein. Dabei helfe Austausch und Vernetzung. Herr John regt an, dass unterstützte Praktika durch Kommunen eine gute Sache wären. Er stellt ebenfalls die Frage, wie man die geringere Leistung von Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz ausgleichen könne. Herr von Elterlein beschwert sich über die Zersplitterung des Behördenwesens. Das verprelle doch vor allem kleinere Unternehmen. Er plädiert für eine Zentralisierung im Behördenwesen in Bezug auf die Menschen mit Behinderung. Frau von Wiedersperg erklärt, dass ein Mensch mit Behinderung die Assistenz, die er am Arbeitsplatz benötigt, teilweise selbst von seinem Gehalt tragen muss. Herr Blage erinnert, dass es möglich sei, Zuschüsse auf Minderleistung beim Integrationsamt zu beantragen. Dabei ist es für viele schwierig, sich durch den Bürokratendschungel zu kämpfen und die jeweilige Lücke zu finden. Die IHK sollte den Arbeitgeber aufklären. Bei der Suche nach einem Arbeitsplatz müssen die SBV Möglichkeiten aufzeigen. Herr John erzählt vom Konzept des Café Villa Remeis in Bamberg (Internetadresse im Anhang) und lässt erkennen, dass sich vielfach entsprechende Nischen für Menschen mit Behinderung auftun würden, wenn man danach suchen würde. Bei der Akzeptanz kann vor allem Information, Werbung und Kommunikation dienlich sein. Der Arbeitsmarkt muss sich öffnen. Personen mit psychischen Einschränkungen haben große Probleme, der Arbeitsmarkt bietet da große Hürden. Frau Stephanskirchner erklärt, dass auch Beschäftigung wichtig sei, wenn bei Menschen mit Mehrfachbehinderung eine reguläre Arbeit nicht umsetzbar ist, und diese den Weg in die Arbeit ebnen kann. Dies ist sehr wichtig, denn Menschen mit Behinderung brauchen und wollen eine sinnvolle Arbeit haben. Frau Obermeier erinnert daran, wie schwierig es sei, eine Teilzeitstelle zu finden. Herr John schließt die Sitzung, indem er sich nach weiteren Fragen erkundigt. Frau von Wiedersperg erzählt von dem Blauen Haus

„Gemeinsam stärker“ – Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen – Landkreis Starnberg

in München, welches eine ähnliche Idee wie das Bamberger Café verfolge. Herr Büttner verabschiedet sich und bedankt sich bei allen Beteiligten.

Protokoll

Peter Kühn

Michael John

(Basis-Institut)

Anhang:

<http://www.cafe-villa-remeis.de/konzept-cafe-villa-remeis-bamberg>

www.integra-mensch.de